

Antrag

**der Abgeordneten Birgit Stöver, Richard Seelmaecker, Dennis Thering,
Dr. Anke Frieling, Silke Seif (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Verkehrssicherheit an Schulen gewährleisten – Kinder fit für den
Straßenverkehr machen**

Kinder sind im Straßenverkehr besonders gefährdet, ganz egal ob auf dem Fahrrad oder zu Fuß, sie sind die schwächsten Verkehrsteilnehmer. Alleine im letzten Jahr gab es 613 Verkehrsunfälle mit Kindern. Auch wenn diese Zahl minimal unter dem Wert von 2019 liegt, muss klar sein: Jeder Verkehrsunfall, an denen Kinder beteiligt sind, ist einer zu viel!

Bei einer Fülle von Baustellen, rasant über den Bürgersteig flitzenden E-Scootern und anderer Unwägbarkeiten entscheiden sich einige Eltern aus Sorge um die Sicherheit ihrer Kinder für den täglichen Abhol- und Bringdienst zur Schule. Dies stellt Hamburgs Schulen, vor allem aber die Grundschulen vor große Herausforderungen. Es sorgt nicht nur für viel Frust bei allen Beteiligten, sondern birgt auch Unfallgefahren: Schulkinder, die zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem Roller zur Schule kommen, sind durch die oft unübersichtliche Verkehrssituation vor Ort gefährdet. Die Schulwegsituation gilt es aus Sicht der CDU-Fraktion mit Augenmaß und unter Einbeziehung aller Beteiligten zu verbessern. So sollten langfristig tragfähige Konzepte entwickelt werden, welche gerade auf eine selbstständige Teilnahme der Kinder am Straßenverkehr abzielen.

Denn der tägliche Weg zu Fuß zur Schule hat einen positiven Effekt auf die kindliche Entwicklung. Dazu zählen eine gesteigerte körperliche Bewegung verbunden mit dem Abbau von Müdigkeit, eine höhere Konzentrationsfähigkeit im Unterricht und die Stärkung von Selbstvertrauen sowie Sozialkompetenz. Kinder entwickeln durch die selbstständige Bewältigung ihres Schulwegs frühzeitig ein Bewusstsein für Gefahrensituationen im Straßenverkehr und umweltfreundliche Fortbewegung. Hierzu sollten sie aktiv befähigt werden.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. bestehende Konzepte, die erfolgreich gelebt werden, wie zum Beispiel „SCHULEXPRESS“, „Tausendfüßler“ und „Zu Fuß zur Schule“, zu bündeln und die Schulen hierüber verstärkt und gezielter zu informieren;
2. die Kommunikation der bereits bestehenden „SCHULEXPRESS“- und „Tausendfüßler“-Standorte an die Eltern vor der Einschulung und zu Schulbeginn durch die Grundschulen vorzunehmen;
3. im Rahmen der Viereinhalbjährigen-Vorstellung Eltern auf das Schulwegtraining und die Bedeutung der selbstständigen Bewältigung des Schulweges aufmerksam zu machen. Dies sollte einfach formuliert sein und verpflichtend auf dem ersten Elternabend fortgesetzt werden;

4. zu prüfen, ob die Fahrradprüfung in die ersten Schulmonate bis zu den Herbstferien vorgezogen werden kann, damit auch weiter weg wohnende Schülerinnen und Schüler die Grundschule ohne Unterstützung der Eltern erreichen können;
5. durch entsprechende Angebote wie regelmäßige Kontrollen, ehrenamtliche Reparaturangebote und Fahrradbörsen Hilfestellung zu leisten, dass alle Schülerinnen und Schüler, die mit dem Fahrrad zur Schule kommen wollen, über ein funktionsfähiges Fahrrad verfügen;
6. der Bürgerschaft bis zum 31. März 2024 zu berichten.